

**Abonnements:**

Monatlich 85 Pfennig einschließlich  
Postgebühren; durch die Post bezogen  
bei Selbstabholung vierteljährlich  
Mark 2.55, monatlich 85 Pfennig.  
Erscheint an allen Wochentagen  
nachmittags.

**Telegramm-Adresse:**

"Volksstimme, Frankfurt/Main".  
Telephon-Anschluß:  
Amt Hanfa 7435, 7436, 7437.

# Volksstimme

**Inserate:**

Die 6 Spaltenzeitung kostet 15 Pf.,  
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.  
Inserate für die 88. Nummer  
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-  
pedition Wiesbaden aufgegeben  
sein. Schluß der Inseratannahme  
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

**Postcheckkonto 529.**

Union-Druckerei u. Verlagsgesellschaft,  
G. m. b. H., Frankfurt a. M.  
(nicht "Volksstimme" adressieren!)

## Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard  
Hittelfisch, für den übrigen Teil: Gustav Hommer,  
beide in Frankfurt a. M.

**Separat-Ausgabe für Wiesbaden**  
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.  
Redaktionsbüro: Weiskirchstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Weiskirchstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —  
Verlag und Druck: Union-Druckerei und Verlags-  
anstalt, G. m. b. H., sämtlich in Frankfurt am Main.

Nummer 145

Freitag den 23. Juni 1916

27. Jahrgang

# Griechenland fügt sich der Entente.

## Die Kammer für Briand. — Fliegerangriff auf Karlsruhe.

### In die Knie gezwungen!

Athen, 22. Juni. (W. V. Amtlich.) Meldung des  
Reuterischen Bureau. Samis machte einen Be-  
such auf der französischen Gesandtschaft,  
wo die Gesandten der Entente eine Konferenz  
abhielten, und gab im Namen des Königs die Er-  
klärung ab, daß Griechenland alle Forde-  
rungen der Entente annehme.

Die Geschichte kennt vielerlei Formen von Gewalttat  
gegen Völker und Staaten, abscheulicher wie die gegen Grie-  
chenland verübt ist aber keine dabei. Gleich der Anfang  
war ein Spott und Hohn auf alles, was bisher die Entente,  
das besonders England gefügt hatte über Beilegung der Ver-  
träge und Schutz der kleinen Staaten. Daß England im  
letzigen Horn wegen des Deutscheninmarsches in Belgien den  
Krieg erklärt hatte, war hoch und teuer versichert worden,  
daß Deutschland hatte bei weitem nicht soviel von Belgien  
gehört, als England nun Griechenland zumute. Nur daß  
England so tat, als geschähe rein zum Wohle Griechenlands,  
daß es dessen Streitkräfte und Einrichtungen zum Entente-  
dienst pressen wollte. Als englische und französische Schiffe  
und Truppen in griechische Häfen und Orte eindrangen, grie-  
chische Inseln besetzten, Konstantin festnahmen, griechische Staats-  
angehörige und Beamte verhafteten und auf den Schub brach-  
ten, auch gelegentlich mit Absicht ein Bombardement auf die  
griechischen Kleinstadte vornehmen, da geschah das alles  
immer aus reiner väterlicher Güte. Kinder müssen zu  
ihrem Besten gezwungen werden! Die Abschneidung allen  
Handelsverkehrs, die Aushungerung des durchs auf Handel  
und Rohstoffzufuhr angewiesenen Griechenvolkes war nach  
dem Vorausgegangenen beim eine Selbstverständlichkeit.  
Die Schlinge war dem Opfer britischer Liebe zu kleinen Völ-  
kern um den Hals gelegt. Und um und wurde angezogen.  
Daß das Opfer nur noch mit der äußersten Lebenshilfe der  
Götter berührt; dann ließ man ein ganz klein wenig nach,  
um paar Schiffe durften wieder in die Häfen einfahren, just  
als würde dem Verführer ein Tröpfchen in den ver-  
nachlässigten Gaumen geträufelt. Und von ferne wird ihm zu-  
schießen ein volles Gefäß gereicht: Sei willig und alles ist dein!  
Das wirkte. Unterm 22. Juni kann Kaiser Savaus ausföhrlich  
berichten, was vorher schon aus Petersburg gemeldet wurde.  
Hier die Nachricht vom Ultimatum:

König Konstantin empfing gestern nachmittags im  
Schloß von Zato Reims und gewährte dem russischen Ge-  
sandten eine Audienz. Die Gesandten von Frank-  
reich, England und Rußland überreichten gestern nach-  
mittags dem Ministerpräsidenten Skulabis eine gemeinsame  
Note. Dieses Schriftstück bekräftigt zwar den Willen der drei  
Schutzmächte Griechenlands, seine Neutralität nicht an-  
zuerkennen, steht aber auseinander, daß sie gegenüber dem gegen-  
wärtigen Kabinett ernste Bedenken äußern hinsichtlich seiner  
Führung der deutschen Propaganda in Griechenland  
und seiner Haltung gegenüber dem Eindringen der Bul-  
garen in griechisches Gebiet. Andererseits sei die griechische  
Verfassung in den letzten Zeiten nicht immer treulich geachtet  
worden, vor allem angesichts der letzten allgemeinen Wahlen, die  
trotz der Mobilisierung zahlreicher Wähler stattgefunden hätten.  
Indem sie sich auf die Verträge stützen und nur das Interesse des  
griechischen Volkes im Auge haben, haben Frankreich, England und  
Rußland beschlossen, von Griechenland die unverzügliche Aus-  
führung folgender Maßnahmen zu verlangen: 1. Tatsächliche und  
allgemeine Demobilisierung der griechischen Armee; 2. Erklärung  
des Ministeriums Skulabis durch ein Kabinett, daß alle Garantien  
insichtlich der Beobachtung einer wohlwollenden Neutralität gegen-  
über der Entente erfüllt, entsprechend den Verpflichtungen der  
griechischen Regierung; 3. Auflösung der Kammer und allgemeine  
Neuwahlen; 4. Erklärung der Polizeibeamten, welche allzuweit auf die  
außenpolitischen Einfüßungen gehört haben. Falls die griechische  
Regierung diese Forderungen nicht annehmen sollte, würde sie allein  
für die Ereignisse verantwortlich sein, die daraufhin eintreten  
würden.

Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, führten Kriegs-  
schiffe der Alliierten im Bosporus ein, dem Hafen von Athen;  
ihre Kanonen kündeten den Griechen, daß nicht nur der Hunger  
als Kampfmittel bereit liegt. An den Nachborgebüßern freute  
ein Geschwader und Savaus fest hinzu: "Diese Rundgebung  
wird unter Umständen von einem Landungsflotte unterstützt  
werden, dessen Eingreifen von den Ereignissen abhängen wird."  
Rundgebung, ein zarter Ausdruck. So kann man Ruffage  
nennen, wenn einem alle Knochen im Leibe zerfallen werden.  
Aber es war nicht nötig, daß die Entente einen Schuß löste,  
daß Leben eines einzigen Soldaten wachte: Griechenland hat  
sich unterworfen, der stolze König, der ruhmgekrönte Feldherr  
im Türkenkrieg, nahm die demütigenden Bedingungen an.

Er dachte wohl an das Schicksal Kopenhagens, das die Engländer  
1807, mitten im Frieden überfielen, vom 2. bis 5. Sep-  
tember bombardierten, wobei über 300 Häuser abbrannten  
und mehrere Tausend Bewohner umkamen, — und all den  
Gruß nur, damit England die dänische Flotte fischen konnte.  
Eine solche Schamlosigkeit wollte der König seiner Hauptstadt  
erfahren, so hat er knirschend sich unterworfen. Welchen profan-  
tischen Nutzen die Entente davon haben wird, das bleibt abzu-  
warten. Daß die Griechen sich gegen die Entente zur Wehr  
setzen werden, wie einst die Spanier gegen Napoleon, ist na-  
türlich ausgeschlossen, die Zeiten und die Menschen sind anders  
geartet. Aber die großen Massen wird der gleiche Nahrung  
erfüllen wie den König. Und also sei der Ausgang der Wahlen  
von vornherein gewiß, die neue, dem Land aufgestungene  
Regierung werde vom Volk ihre Marschordre erhalten?

Die findlich, die Dinge so aufzufassen. Das ist ja gerade  
die schamhafte Gemeinheit, daß die Entente tut, als bringe sie  
dem Griechenvolke völlige Handlungsfreiheit, als stiehe sie den  
Wählern bei gegen eine Regierung, die den Ausdruck des  
Volkswillens verfehle. Natürlich hat Rußland, dessen Bot-  
schafter vorgeschickt war, besonderen Anspruch, sich für Wohl-  
freiheit einzusetzen, Rußland mit der Wahlfreiheit unter dem  
Reichen von Katorga und Galgen. Und wie wird die Wohl-  
freiheit aussehen unter den Kanonen und Bajonetten der  
Entente! Knalliger kann die Dummheit nicht auftreten, wie es  
hier geschieht. Nun wird es zunächst kommen, wie England  
es haben will: wo es der Entente beliebt, schießt sie ihre Trup-  
pen hin, was sonst noch fehlt, besorgen Polizeifreudigen im  
Solde Englands. Und vielleicht bringt eine Wahlmacht unter  
enklischer Oberaufsicht sogar die Rückkehr Benjamins ins Mini-  
sterpräsidium zuwege. Wenn nötig, kann ja nochmals mit der  
Gumpereißche nachgeholfen werden.

Sicherlich, wie die Entente für die Völkerrfreiheit kämpft und  
das Recht der kleinen Staaten wahrnimmt.

### Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage enthalten.)

Großes Hauptquartier, 22. Juni. (W. V. Amtlich.)  
**Westlicher Kriegsschauplatz.**

Eine schwache englische Abteilung wurde bei Areling-  
hien (nordöstlich von Armentières) abgewiesen. Eine deut-  
sche Patrouille brachte westlich von La Bassée aus der eng-  
lischen Stellung einige Gefangene zurück.

Defektiv der Maas entspannen sich Infanterie-  
kämpfe, in denen wir westlich der Feste Bang Vorteile er-  
langen.

Durch Abwehrfeuer wurde südlich des Weiser-  
rücks und bei Duf je ein französisches Flugzeug her-  
untergeholt, die Insassen des letzteren sind gefangen ge-  
nommen.

Unsere Fliegergeschwader haben gestern früh mit  
Truppen beleagerte Orte im Maastal südlich von Verdun, heute  
früh die Bahnanlagen und Truppenlager von Revigny  
angegriffen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem nördlichen Teile der Front hat sich abspielen  
von erfolgreichen deutschen Patrouillenunternehmungen nichts  
ereignet.

Auf die Eisenbahnbrücke über den Pripiet südlich von  
Luniniec wurden Bomben geworfen.

### Heeresgruppe des Generals von Linzungen.

Russische Fortschritte gegen die Kanalstellung südwestlich  
Logischin scheiterten ebenso, wie wiederholte Angriffe  
westlich von Kofli.

Zwischen Sokal und Liniewla sind die russi-  
schen Stellungen von unseren Truppen ge-  
nommen und gegen starke Gegenangriffe behauptet. Fort-  
gesetzte Aufstellungen des Feindes, aus die Ersolge nordwest-  
lich von Luck freitig zu machen, blieben ergebnislos. Weider-  
seits der Turva und weiter südlich über die allgemeine Linie  
Swinichy-Gorachow wurden die Russen weiter zu-  
rückgedrückt.

Bei der Armee des Generals Grafen von Bothmer  
wurden vielfache starke Angriffe des Gegners auf der Linie  
Sajwronka-Babulinie (nördlich von Brzowlowa)  
unter schweren Verlusten für den Feind abgelehnt.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

### Fliegerangriff auf Karlsruhe.

Karlsruhe, 22. Juni. (W. V. Amtlich.) Von zuständiger  
Seite geht uns folgende Mitteilung zu: Heute nachmittags belegten  
feindliche Flieger die offene Stadt Karlsruhe aus außerordentlich  
großer Höhe mit Bomben. Bedauerlicherweise fielen zahlreiche  
Zivilpersonen, vor allem Frauen und Kinder, die  
einer Vorstellung antwohnen wollten, dem Angriff zum Opfer.  
Militärisch bedeutender Schaden ist nicht angerichtet worden. Bis  
jetzt steht fest, daß zwei Flugzeuge, darunter ein englisches, links  
des Rheins zur Landung gezwungen worden sind. Die Insassen  
sind gefangen.

### Die Lage im Osten.

Der große Russenvorstoß steht auf der ganzen Linie. Im ein-  
zelnen gibt's heisse Kämpfe, aber nirgends mehr ein unübersteh-  
liches Vordringen der russischen Übermacht; da und dort mühten  
ihre Truppen zurückzuweichen, an anderen Stellen ist so etwas wie  
ein Ermüdungszustand eingetreten; das gilt auch von der Wolowina.  
Die Brennpunkte der Kämpfe sind im gestrigen deutschen Tages-  
bericht genannt; auf Wiedergabe des österreichisch-ungarischen  
und russischen Verichts kann man verzichten. Zusammenfassend sagt der  
russische Bericht: "Die Gesamtzahl der Geirungen und Kriegsbeute  
von den Armeen des Generals Brusilow vom 4. Juni bis zum  
17. Juni beträgt 1350 Offiziere, 169134 Soldaten, 168 Geschütze  
und 550 Maschinengewehre, sowie 189 Panzer- und Minenwerfer  
und 119 Artilleriemunitionswagen, ferner 35 Schienenwagen und  
zahlreiches Kriegsmaterial. Die Summe an Gefangenen und Kriegs-  
trophäen wird durch die Gefechte vom 17. bis 21. Juni erhöht."  
Man erinnere sich hierbei, was Sachkundige über das Ver-  
hältnis der Gefangenen- und Gefangenenzahlen gesagt haben.

Daß nun die Lage bleibt, wie sie ist, wird niemand erwarten.  
Vermutlich haben die Russen zu dem großen Ansturm mehr Kräfte  
verbraucht, als die obere Leitung veranschlagt hatte. Hat doch nach  
der Offiziersverlustliste allein die Armeegruppe Seledin in den  
ersten acht Tagen der Offensive 1500 höhere Offiziere, was einem  
Gesamtverlust von 70 000 Mann gleichkommt. Auch mag hinzuge-  
kommen sein, daß die Leitung selbst Bedenken trug, die zur Not für  
den Schützengrabenkrieg gedrückten jungen Truppen in die offene  
Feldschlacht zu führen. Jedenfalls müssen Refrzen, die Rußland  
über noch hat, herangeführt und eine Neugruppierung vorgenom-  
men werden. Mit neuen gewaltigen Stürmen ist sicher und wohl  
bald zu rechnen. Rußland hat erst wieder über Osten des Weichen  
Meeres aus England und Amerika Materiallieferungen erhalten,  
dazu angeblich auch aus Kanada eine Spezialtruppe. Vielleicht soll  
das Eintreffen des Materials abgemeldet werden, worüber aller-  
dings Wochen vergehen würden. Man kann wohl annehmen, daß  
die zu erwartenden neuen Stürme wieder südlich des Pripiet ein-  
setzen werden. Auf der langen Nordfront: kanonieren zwar die  
Russen auch an vielen Stellen mächtig; es steht aber nicht aus, als  
werde dort ein Vorstoß geplant. Eher mocht es den Eindruck, als  
solle die Schiebererei verheben, daß Rußland dort schach ist, weil  
Truppen nach dem Süden verschoben wurden.

### Die Geheimfügungen der französischen Kammer.

Ein Gewährsmann aus London berichtet der Berliner "Post",  
Zeitung" über Amsterdam, daß in der Geheimfügung der französi-  
schen Kammer die Art der Verteidigung von Verdun als  
ein schwerer Fehler der französischen Heeresleitung gekennzeichnet  
wurde. Mehrere Abgeordnete erklärten, die französischen Verluste  
seien so groß, daß Frankreich an der geplanten Überverdrängung  
seien nicht mehr teilnehmen könne. Sie meinten, es wäre viel ver-  
nünftiger gewesen, Verdun nach den ersten Angriffen der Deutschen  
zu räumen und die rückwärtige Linie zu halten. Dazu hätten auch  
anerkannte Führer der Armee geraten. Aber die Heeresleitung  
habe diese abgelehnt. Die Abgeordneten forderten dann, daß nach den  
Schuldigen geforscht und diese bestraft werden. Dies tief eine  
äußerst heftige Debatte hervor. Bréland sagte eine Unterfuchung  
schließlich zu, doch nicht in dem Sinne, wie es die Kammer forderte.  
Die Schuldigen suchen, sagte er, könne man denen nicht antun, die  
seit Monaten unter schrecklichen Qualen den Feind ausfielten. Das  
Schlußergebnis der Sitzung ist in London augenblicklich nicht bekannt,  
da die englischen Zeitungen von der französischen Presse zur Unter-  
drückung aller Mitteilungen über die Sitzung ersucht wurden.

Sicher ist, daß sich die geheime Aussprache zwischen Kammer  
und Regierung viel länger ausdehnt, als vorgesehen. Es müssen  
sich also mehr Meinungsverschiedenheiten herausgestellt haben, als  
man von vornherein annahm. Trotzdem dürften die demokratischen  
Rechtsparteien schließlich der Regierung ein Vertrauensvotum  
ausstellen, um die Stellung des Landes nach außen nicht zu er-  
schüttern.

### Das Vertrauensvotum.

Paris, 23. Juni. (W. V.) Die Kammer hat mit 454 gegen  
89 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, die der Regie-  
rung das Vertrauen ausdrückt.



## Frantzösische Worte der Vernunft.

Unter dem Titel: „Der Krieg und die französischen Universitäten“, hat Louis Liard, der Rektor der Pariser Universität, in der letzten Nummer der „Revue de Paris“ einen Artikel veröffentlicht, der in mancher Hinsicht zeitgemäß und beachtenswert ist. Zunächst deshalb, weil Liard es gewagt hat, einige der großen Schäden aufzudecken, die der Krieg erzeugt hat, und dadurch zugleich gegen die zahlreichen Lobredner des Krieges in Frankreich zu reagieren.

Es wäre kindisch und gefährlich, belohnt Liard am Eingang seines Artikels, leugnen zu wollen, daß die französischen Universitäten unter den Folgen des Krieges erheblich leiden werden. Vor allem in finanzieller Hinsicht. Infolge der ungeheuren Verluste an Menschen auch unter der akademischen Jugend wird man in den nächsten Jahren kaum auf die Millionen rechnen können, die die Studenten in der Form von Studiengeldern den Universitäten vor dem Kriege lieferten. Ferner werden die einzelnen Wohlthäter, die sich bisher für die Universitäten interessiert, genötigt sein, hauptsächlich für die andern Folgen des Krieges zu sorgen, z. B. für die Verwundeten, die Blinden, die Witwen, die Waisen usw. Was endlich den Staat anlangt, so wird er für dringendere Bedürfnisse so ungeheure Summen ausgeben müssen, daß die Interessen der Universitäten nur in sehr bescheidener Weise berücksichtigt werden können.

Eine noch schlimmere und tiefere als die immerhin noch heilbare Geldwunde, eine Wunde, die sehr lange bluten wird, ist der ungeheure Verlust an Menschen, an solchen nämlich, die die Lehrer der Zukunft zu werden versprochen. So werden von den 189 Schülern der „Ecole Normale Supérieure“, die am Anfang des Krieges mobilisiert wurden, 77 nicht wiederkehren, — ganz zu schweigen von den Tausenden von jungen Leuten, die die Blüte der Nation bildeten, und deren Verlust eine große Verarmung für Frankreich bedeutet. Nach dem Kriege wird man sich daher mit minderwertigen Lehrkräften begnügen müssen, was notwendigerweise eine unerträgliche Abminderung der Universitäten nach sich führen wird.

Unter den Volksfeinden, die der Staat nach dem Kriege ganz energisch bekämpfen muß, hebt Liard hervor: den Alkoholismus, die Tuberkulose, die Geschlechtskrankheiten, die Entvölkerung, das soziale Elend und die soziale Ungerechtigkeit, den Favoritismus, das Strebertum usw. Namentlich fürchtet Liard, daß infolge des Krieges das Interesse für das wissenschaftliche Studium erlahmen wird. Er sieht sich daher genötigt, eine Ehrenrettung der Wissenschaft zu versuchen, die besonders deshalb beachtenswert ist, weil Liard, bei aller patriotischer Würdigung des französischen Geisteslebens, zugleich eine Lanze für die vielverpönte „deutsche Kultur“ bricht. Allerdings sind, meint Liard, in der deutschen Kultur Elemente enthalten, die rückwärts abgelehnt werden müssen, z. B. die angebliche Überlegenheit der germanischen Rasse, der Imperialismus, die deutsche Hegemonie, die Nichtbeachtung der Verträge usw. Das darf uns aber nicht hindern, den universalen Charakter der deutschen Kultur anzuerkennen. Liard ferrigiert Pasteur und behauptet: „Wenn der Forscher eine Seimale hat, hat die Wissenschaft keine.“ Kaum wird eine wissenschaftliche Entdeckung gemacht, so verbreitet sie sich wie eine unüberstehliche Welle in allen Köpfen, die sie ergreifen hat. „Geist der Fall.“ schreibt Liard, „morgen taucht in Deutschland ein neuer Leibniz auf, der ein neues, schnelleres und schmerzloseres Rechnungswesen einführt als die Unendlichkeitsrechnung entdeckt, so werden sofort sämtliche Mathematiker der Welt davon Gebrauch machen. Man entdeckt in einem deutschen Laboratorium ein besonderes Serum gegen die Tuberkulose, so werden alle Lungenerkrankten der Welt, diejenigen Frankreichs sowohl als diejenigen anderer Länder, danach behandelt werden. Und, um nicht auf Hypothesen unsere Aufmerksamkeit zu nehmen: hat denn jemand seit Ausbruch des Krieges einen einzigen Augenblick daran gedacht, unsern Verbündeten die Wohltat der Röntgenstrahlen unter dem Vorwande zu entziehen, daß sie eine deutsche Erfindung seien?“

Endlich ist der vorliegende Aufsatz beachtenswert, weil die Vorschläge, die Liard darin macht, um das akademische Studium in Frankreich einer gründlichen Reform zu unterwerfen, dem Geiste und dem Buchstaben nach an Einrichtungen

erinnern, die schon längst in Deutschland bestehen, z. B. eine strengere Organisation des Bildungswesens, größere akademische Freiheit beim höheren Studium, die Verbesserung der technischen Hochschulen usw. Im ganzen wird man sich darüber freuen dürfen, daß die höchste Spitze der französischen Gelehrtenwelt inmitten der gegenwärtigen Kriege den Mut gehabt hat, trotz der teilweise schiefen Beurteilung Deutschlands Worte der Vernunft zu sprechen.

## Sanatismus und tapfere Frauen.

Nach „Bonnet Rouge“ vom 18. Juni sind alle Französinen, die vor dem Krieg Deutsche geheiratet hatten, in Konzentrationlager gebracht worden. Man hat ihnen nun vor kurzer Zeit ihre Freilassung und ihre Wiedereinführung in all ihre Rechte als Französinen angeboten, wenn sie Schwereidungen abgeben, welche unzweifelhaft erfüllt werden würden. Sämtliche Frauen haben sich geneigert. Daraufhin hat man ihnen nun auch noch das höchste an und für sich schon schlecht bezahlte Arbeit, mit dem sie bisher ihr Leben fristeten, weggenommen, mit der Notwendigkeit, so schlechte Französinen verdienen nicht, ihr Best zu erweisen.

## Der wahnsinnige Offizier in Irland.

Die „Daily News and Leader“ vom 12. Juni schreiben: Das Kriegsgericht hat den Hauptmann Bowen-Colthurst, der unter andern den Journalisten Stephen Steffington während des Dubliner Aufstandes ohne Untersuchung erschossen ließ, wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen. Wer den Verhandlungsbericht gelesen hat, muß zugeben, daß ein anderer Spruch nicht erfolgen konnte. Was aber dringend der Aufklärung bedarf, ist die Frage, wie es möglich war, daß einem Offizier mit einer derartigen Vergangenheit ein verantwortlicher Posten in Irland übertragen werden konnte, und ferner, daß seine Untergebenen ohne Widerspruch einen Befehl ausführen, der, wie sie wissen mußten, von einem Geistesgekränkten herrührte. Noch wichtiger ist die Frage, warum Hauptmann Colthurst nicht sofort nach der Tat verhaftet wurde, und warum sein direkter Vorgesetzter es nicht einmal für der Mühe wert hielt, sich um die Namen der Erschossenen zu kümmern.

Der Grund der Erziehung Steffingtons auf die letzte Einbildungskraft ist ungewissen, und mit Recht oder Unrecht fühlen die Iren, daß man in Irland Dinge zuläßt, die in anderen Teilen des Vereinigten Königreichs unzulässig wären.

## Der Handelskriegsplan unserer Gegner.

Die letzten geschlossene Pariser Wirtschaftskonferenz schien den eifernen Ring um Mitteleuropa wieder ein Stück enger geschlossen zu haben, wenigstens auf dem Papier. So vollständig und rücksichtslos waren die wirtschaftspolitischen Kampfmaßnahmen gegen Deutschland und Österreich noch nicht aufgereiht und verbreitet worden. Italien meldete sich speziell durch seinen Pariser Handelsvertrag und erklärte, daß nunmehr jede wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland ausgeschlossen habe. Das Kabinett habe beschlossen, den Handelsvertrag mit Deutschland zu kündigen; nach der Pariser Konferenz habe dieser aufgehört zu existieren. Wir bekommen also keine Apfelmännchen mehr und bezahlen sie nicht mehr mit Rehen. Man wird sehen, wer am schlechtesten dabei fährt! Aber es melden sich auch schon zahlreiche ausländische Kritiker der Pariser Wirtschaftsbeschlüsse.

Am unhöflichsten sind die Holländer. Das „Amsterdamer Blatt „Nieuws van den Daa“ nennt die Beschlüsse eine wirtschaftliche Wahnwitz, wodurch eine künstliche Mauer zwischen den gebildeten Völkern aufgerichtet werden solle. Sowohl für Belgien als auch für andere Länder der Entente, wie zum Beispiel Rußland, würde es von enormen Schäden sein, sich wirtschaftlich von Deutschland abzuschließen.“

Die „Fürher Nachrichten“ bezeichnen die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz als eine verstärkte Herausforderung. Daß dabei auch einige Ententestaaten bluten werden, wie Italien und Rußland, sei ein schlechter Trost. England könne sich freilich die Hände reiben. Sicherlich ihm das Londoner Abkommen im September 1914 die politische Oberherrschaft im Bündnis während des Krieges, so gebe ihm das Abkommen auf der Pariser Konferenz die bleibende wirtschaftliche Oberherrschaft über seine Verbündeten. Die Schweiz

müsse sich gegen die englischen Pläne erheben, um nicht selbst abgeschnitten zu werden. In Dänemark hat man das selbe Gefühl. Die „Kopenhagener „Politiken“ schreiben, nach Kriegsschluss würden sich die Ententemächte und Zentralmächte als große kämpfende Wirtschaftsorganisationen gegenüberstehen. Dadurch werde die Stellung der kleinen neutralen Staaten ebenso schwierig wie während des eigentlichen Krieges. Der Friedensschluss, der den Weltkrieg als solchen beende, werde deshalb für die neutralen Staaten in Europa keinen ökonomischen Frieden, sondern den Anfang neuer Verdrängnisse bedeuten.

Aber auch aus dem Mittelpunkt der Machenschaften gegen uns erheben sich schon zweifelhafte Stimmen über die Wirkung der wirtschaftlichen Umzingelungsbestrebungen. Die Pariser Regierungszeitung „Temps“ meint zur Ausbagerung:

„Unsere Feinde sind noch nicht auf den Grund ihrer Hilfsquellen gestiegen und hätten sie auch alle ihre Mittel erschöpft, man dürfte doch noch nicht glauben, sie würden verzweifeln. Man muß ihnen die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß selbst ein Kampf unter ungünstigen Bedingungen sie nicht erschreckt und daß sie gewillt sind, bis zum Ende durchzuhalten. Die wirtschaftliche Krisis berührt unsere Feinde unbestreitbar innerlich, aber nicht von ihr dürfen wir die Lösung des europäischen Konfliktes erwarten. Der Friede kann nur durch die militärische Entscheidung erlangt werden, und es würde uninteressant ein nicht wieder gutzumachender Fehler sein, ihn von einem anderen Faktor als von der Tapferkeit der verbündeten Armeen zu erwarten.“

Das ist zunächst nur mit Bezug auf die englische Blockade und ihre Kriegserklärung gemeint. Es gilt aber auch für die Kernierungsbestrebungen für die Zeit nach dem Kriege. Mit einem Länderkomplex, der von Hamburg bis nach Kleinasien reicht, kann die übrige Welt Handelsbeziehungen gar nicht missen, wenn sie nicht einen erheblichen Teil der Weltwirtschaft selbst verlieren will. Und mit der Abschüttelung der Wechselbeziehungen zwischen sich und den Zentralmächten würden die Verbündeten alle Zwischenhandelsländer zum wirtschaftlichen Tode oder Stichtum verurteilen. Das geht einfach nicht.

Wie verticagen und nupisch die Kampfpläne sind, ergibt sich außerdem aus ihrer Begründung. Deutschland soll Produktion und Handel der Welt monopolisieren wollen. Das ist derer Unfug. Er liegt aber im Kernbild etwas Nützliches wieder. Er beläugert nämlich Deutschland dessen, was England wirklich auf dem Wege war, durchzuführen: die völlige Beherrschung des Weltmeeres und Welt Handels durch britische Interessen. Wenn unsere Gegner damit beginnen müssen, Deutschland der wirtschaftlichen Herrschaftsbestrebungen zu beschuldigen, die sie selbst längst ausüben, so ist zu hoffen, daß sie bei der nächsten Geschäftswelt in allen Ländern der Erde mit ihren Kriegsplanen nicht weit kommen werden!

## Japan als Helfershelfer unserer Gegner.

Die „Havas“ meldet, erklärte der japanische Botschafter Baron Kijima im Pariser „Journal“, er habe im Jahre 1915 als Minister des Auswärtigen sich mit dem russischen Botschafter über ein Handelsvertragsprogramm mit Rußland verständigt. Es seien genaue Abmachungen über die Lieferung einer bedeutenden Menge von Geschützen, Munition und Gewehren an Rußland unterzeichnet worden. Alle Hochöfen und Stahlschmelzen seien für Rußland mobilisiert. Schwere und mittlere Geschütze würden fabriziert und nach Rußland geschickt. In wirtschaftlicher Hinsicht sei Japan bereit, mit den Verbündeten zusammenzuarbeiten. Der japanische Minister erklärte, daß Japan moderne Gewehre für alle Allierten, ausgenommen Italien, herstelle, daß aber Japan vor allem für Rußland arbeite. „Wir liefern auch Militärtechnik und Stiefel. Gegenwärtig arbeiten wir in vollem Umfang mit den Allierten für den Triumph der gemeinsamen Sache.“

Worin die „gemeinsame Sache“ besteht, wird, vorläufiger Weise, verschwiegen. Der Charakter des Bündnisses wäre sonst zu leicht erkennbar.

## Vorwände des Siegeswillens.

Der österreichische Genosse Friedrich Adler, dessen Haltung zum Krieg ungehörig übereinstimmen wird mit weit links stehenden Mitgliefern der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft, setzt im „Kampf“, dem wissenschaftlichen Organ unserer österreichischen

## Seuiletton.

### Von dem Gefühls- und Stimmungsleben der Soldaten.

Von Kriegsberichterstatter Wilhelm Düwell.

Der Krieg schraubt die Ansprüche an die körperliche, geistige und seelische Leistungsfähigkeit der Menschen hinauf. Zu unserem Erstaunen gewöhnen wir auch, daß die Gebote des Krieges in dem Soldaten Arde und Fähigkeiten entfalten lassen, die über die bisher bekannten Grenzen weit hinausragen. Er vollbringt Leistungen und erträgt Entbehrungen, die man kaum für möglich gehalten hat.

Die Häufung von Gefahren, Hindernissen und Lebenserschwerungen im Kriege unterwirft auch die Seele schweren Belastungsproben. Die wechselnden Ereignisse stürzen den Menschen von den Höhen der Erwartungen und Hoffnungen in die Tiefen langer Verzweiflungen. Im Sturm der Reizen, Stimmungen und seelischen Erregungen, von den verschiedenen Sinnesindrücken in Gefahr und Kampfgefühle ausgeprägt, bedarf der Mensch Kräfte, um nicht zusammenzubrechen. Nicht ganz wenige werden von den auf sie einwirkenden Wogen der Empfindungen hinfies, ohne inneren Halt hin und her geschleudert. Die Reizen verlangen, die seinen Fäden der Willens- und Stimmungsleitung erschaffen, sie verlangen den Dienst. Ueber die Seele legt sich ein verdunkelnder Schleier, Gedanken, Vorstellungen, Empfindungen verlieren sich in den Vergärten der aufgeregten Phantasie. Der Krieg hebt auch die Seelen durch Traurigkeit und Verbitterung, verwundet sie darin. Robuste Naturen überleben solche Leiden, empfinden sie kaum, andere fühlen sich getroffen, tragen lange oder gar dauernd an den Folgen. Der eine Mensch nimmt den Krieg als etwas Unabänderliches hin, als ein Naturereignis, der andere als ein Unglück, das menschliche Innern zerstört, der dritte betrachtet ihn mehr als die Gelegenheit, sein Können zu zeigen, die Nützlichkeit, Notwendigkeit und Nützlichkeit der ganzen kriegerischen Vorbereitung erkennen zu lassen. Gedanken und Urteilen und Sinn des Krieges treten dabei mehr oder weniger in den Hintergrund. Dieser überläßt sich im stolzen Gefühl seiner Leistungen und seines Vollbringens ganz dem Hochgefühl des erlebenden Bewusstseins, ein tüchtiger Krieger zu sein. Er fühlt sich als Held und Krieger des Vaterlandes. Jener, der widerstrebende Gefühle hin und her wirbelt,

sucht sich wohl vor sich selber zu retten. Aus seinem Innern dringen Töne an das Ohr seines Gewissens, die ihn mahnen fragen, ob denn alles gut und schön sei, was er beginne.

Trotz der Verschiedenheit in den seelischen Regungen, deren Quellen, Anlage, Ausprägung und Erziehung bilden, gibt es doch einige allgemeine Stimmungen bei den Soldaten als unmittelbarer Ausdruck starken Lebens. Als ich im August 1914 meine Kriegsfahrt nach dem Osten begann, übten die Gegendrichten aus Frankreich einen starken Einfluss auf die allgemeine Stimmung aus. Man jubelte über die schnellen Entscheidungen. Schon sah man den Krieg beendet und für Deutschland gewonnen. Wenn es mit dem Vormarsch so weiter geht, dann, so hieß es, gibt es in wenigen Wochen Frieden. Und wohl in jedem regte sich etwas Stolz in dem Bewusstsein, einem Volk anzugehören, das sich so tüchtig und leistungsfähig erweist. Dann wieder nahm im stärkeren Maße Frühlingsstimmung und Glanz die Aufmerksamkeit und das Wohlgefühl in Anspruch. Eine Schattenseite des Krieges zeigte sich. Jörn und Empörung wurde lebendig. Man vernünftete die Menschen, die man als Betrüger des Krieges betrachtete. Die Nachrichten von dem weiteren Vordringen der Russen und die Gerüchte von Greuelstaten, die sie begingen, erhöhten die Stimmung des Unwillens und der Niedergeschlagenheit. Dann kamen die Tage von Tannenberg, die unerwarteten Siege, die Flucht der Russen! Der Erfolg steigerte das Selbstgefühl; Siegerstimmung bemächtigte sich der Soldaten. Sie hörte ich marschierende Truppen begeistert singen als in diesen Tagen. Nun war man auch der Russen trotz ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit Herr geworden; nun war auch die Russengefahr gebannt. Doch nicht ohne und nicht ungetrübt gab man sich der Freude und dem Hochgefühl über die Siege hin. Der Weitermarsch führte durch verwüstete Landschaften, man sah die Spuren sinnlosen Lebens, hörte Schauergerüchten über das Verhalten der Russen. Die tollsten und unheimlichsten Gerüchte fanden Glauben. Haß und Rachegefühl quollen auf, wurden die herrschenden Gefühle bei vielen Soldaten. Große Grundstimmungstransporte steigerten das Unwohlsein gegenüber den Russen. In Worten und Gebärden, in der Unterhaltung und gegen Gefangene kam diese Stimmung zum Ausdruck. — Die Verfolgung der Russen über die deutsche Grenze hinaus verstärkte das Siegergefühl und das Selbstbewusstsein noch, hinwieder wirkten dämpfend und schwächend die dabei erforderlichen Anstrengungen und Entbehrungen, mit denen der Soldat sich abfinden mußte. Der sodann folgende Rückzug und der erneute Einmarsch der Russen konnte die Stimmung der Deut-

schen nicht heben, aber das Gefühl der Überlegenheit blieb. Schon damals konnte man etwas von einem Stimmungsumschwung wahrnehmen. Der Haß galt noch als Ausbund aller Schlichkeit und Gemeinheit. Im übrigen empfand man schon, Mittel mit dem armen, unglücklichen, verheerten Russen. Man glaubte nicht mehr, daß er ein roher, wild- und plündererger Mensch, ein wildes Tier sei, man betrachtete ihn vielmehr als das willenlose Opfer russischer Barbarei und russischer Eroberungsgelüste. Der Haß schwand.

Die gemeinsamen Leistungen, Erfolge, Gefahren, das ganze gemeinschaftliche Leben hatte schon ein starkes Gefühl der Zusammengehörigkeit und Kameradschaft herauszubilden lassen. Im Stellungskrieg wurde es weiter gehend und gepflegt. Politische Gegenstände mochten sich bemerkbar. Wie mit damals Genossen versicherten, war es oft selbst im Kreise von Landsmannschaften sehr verpöht, über Fragen der Weltanschauung, der Politik und wirtschaftlichen Verhältnisse zu sprechen. Manche mußte seine Überzeugung im Schrein der Schweigenshaft hüten, um nicht bei den Kameraden anzustoßen. Das nationalitische Gefühl überdiente alle anderen Interessen. Je länger der Krieg dauerte, um so stärker und lebendiger wurden die mit der Heimat verbundenen Gedanken und Wünsche. Das Verlangen wuchs, durch das Lesen von Zeitungen und durch Unterhaltung mit Gleichgesinnten die gestrichenen Fäden der Verbündigung, des gleichen Strebens und Wollens wieder zusammen zu knüpfen. — Dann wirkte die Winterkälte die Menschen wieder durcheinander. Gefecht und Vorrückung wechselten ab. Innerhört Leistungen wurden den Truppen zugemutet. Ungestilltes wurde vollbracht. Siegreich drangen die deutschen Truppen vor. Die Erfolge kosteten Mühe und Blut. Aber wiederum half man auch das Gefühl der Überlegenheit, der größeren Tüchtigkeit des einzelnen. Das Selbstgefühl bekam neue Nahrung; wie fand die Träger des Geschickes, wir die Sieger, wir die Retter Deutschlands, wir setzten Leben und Gesundheit ein, wir geschlagen die Pläne der Gegner Deutschlands. Das war das Gefühl, das die Masse beherrschte, das aus vielen Unterhaltungen herausklang.

Konstanten blieben die Truppen in Bewegung. Aus strategischen und taktischen Gründen wurden die Verbände auseinandergerissen, die einzelnen Teile hin und hergeschoben. Manche Soldaten haben auf allen Kriegsschauplätzen gekämpft. Nebenall erlitten sie Mühe und Leiden, überall saßen sie Not und Jammer, überall waren sie Zeugen der Verwüstung, die der Krieges Toben anrichtete. Wer an diesem Verwüsten und Kulturerföhen achlos vorübergeht, nicht an Frieden denkt, ihn zu verhindern sucht, der handelt ver-



um nicht selbst hat man das schreiben, nach Zentralmächten gegenüber. In neutralen und des eigenen Weltkrieg als Staaten in den Anfang

schaffen gegen die Wirkung. Die Pariser Erklärung:

Der Krieg muß fortgesetzt werden bis zur Befreiung des Territoriums vom Feinde. Der Heilung der Wunde in der Verwundung des militärischen und politischen Lebenspunktes liegt unsere Aufgabe, und doch hören wir sie immer wiederholen. Die Befreiung des Landes von feindlichen Heeren ist im Sinne des Prinzipes der Landesverteidigung selbstverständlich notwendige Bedingung für den Inhalt des Friedensvertrages, aber die Parole, daß jede Invasion vor dem Friedensschluß militärisch rückgängig gemacht sein muß, entspricht nur einer Mindermeinung jenes Prinzipes. Wer die Befreiung des Territoriums als Erfolg im Kriege und nicht als Ergebnis des Friedens fordert, demüht sie bloß als allerdings durchsichtigen Vorwand des Siegeswillens.

2. Der Krieg muß fortgesetzt werden bis zur Befreiung des Feindes. Aber, wie so schon gesagt wird, das Ziel ist das Ende der Kriege überhaupt. Aber der Krieg wird nicht beendet durch den Sieg einer der kriegführenden Mächtegruppen. Beide sind imperialistisch, beide gleich weit entfernt, Sachwalter des Pazifismus zu sein. Aus dem Krieg als solchem, aus seinen Schrecken entspricht positivistische Auffassung, aber den ewigen Frieden kann und niemals der Sieg kapitalistischer Regierungen, sondern nur der Sieg des Sozialismus bringen. Und ebensowenig wie den ewigen Frieden dürfen wir vom Sieg einer imperialistischen Mächtegruppe eine Verbesserung der Friedensbedingungen erhoffen. Internationale Schiedsgerichte, Einverständnis, die Rüstungen, Abschaffung der Geheimdiplomatie sind Forderungen, die wir bei allen Gelegenheiten stellen, nur nicht als Friedensbedingungen im Kriege. Wir wollen den Fortschritt des Friedensgedankens, aber wir sehen in der Fortsetzung des Krieges keine Methode seiner Herbeiführung. Und deshalb haben wir die Aufgabe der Enttarnung des „Pazifismus“ als Vorwand des Siegeswillens.

3. Der Krieg muß fortgesetzt werden bis zur Erringung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker. Aus den besten Traditionen der Demokratie stammt der Gedanke des Krieges für die Befreiung der Völker. Und doch ist auch er heute nichts anderes als ein Vorwand des Siegeswillens. Die wirtschaftliche Entwicklung hat die nationalen Fragen kompliziert. Die Forderung der Vereinigung der Nationen wird durchkreuzt von der Forderung der Erhaltung der Wirtschaftsgebiete. Nicht um die einfache Erfüllung eines klaren nationalen Rechtes handelt es sich mehr, sondern um im Zeitalter des Kapitalismus unlösliche Probleme. Die Sozialdemokratie, die sich stets mit Stolz die Befreiende nannte, kann ihre Aufgabe nicht erfüllen innerhalb des Kapitalismus durch die Methode des Krieges, sie kann kein Gegenwartsprogramm, kein Kriegsprogramm der Befreiung der Völker aufstellen, sie wird das Selbstbestimmungsrecht einzig erzeugen durch die Schaffung der nationalen Autonomie im Zeitalter des Sozialismus. Aber vor allem dürfen wir auch in der Frage der Befreiung der Völker nichts vom Sieg einer der imperialistischen Mächtegruppen erwarten. Wir werden glücklich sein, falls der Friedensvertrag wirklich einen Fortschritt der Demokratie Europas bringen sollte, wir werden jeden solchen Fortschritt mit Freuden akzeptieren, aber wir können ihn nicht zur Bedingung des Friedens machen. Wir müssen zufrieden sein, wenn auch in Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker keine Verschlechterung des Status quo ante erfolgt. Die Internationale war einig, daß kein Krieg begonnen werden dürfe unter dem Vorwand der Befreiung eines Volkes, seien es die Polen, die Serben oder die Esten. Die Internationale kann sich nur wider einigen, indem sie neben anderen Mächten auch die Fortsetzung des Krieges zum Zweck der Befreiung der Völker verurteilt. Wir sind keine Schwärmer für die Welt, wie sie ist, aber wir sehen im Kriege keine Methode, sie zu verbessern. Und deshalb obliegt uns auch die Pflicht der Demaskierung der „Demokratie“ als Vorwand des Siegeswillens.

Aldler hat mit diesen Sätzen wirklich Vorwände entflechtet. Jeder wird aber auch leicht erkennen, daß diese Vorwände nicht auf die deutsche Sozialdemokratie zutreffen. Allerdings könnte man sagen, auch die deutsche Sozialdemokratie habe von der Befreiung unterdrückter Nationen (in Russland; auch der Finnen) gesprochen; sie hat aber diese Befreiung keineswegs zur Bedingung gemacht, hat gar nicht daran gedacht, deswegen den Krieg fortsetzen zu wollen. Etwas anderes hat sie ausgesagt:

„In der Menschheit, kann man mit dem deutschen Reichs-Imperialismus sagen.“

Im Stellungskrieg, in dem Hasten und Jagen, bei den anstrengenden Märschen, Vorbereitungen, Gefechten und dem Wetter-Ärmern kamen die Soldaten kaum zur Besinnung. Der kriegerische Betrieb, kaum den kurzen Pausen unterbrochen, nahm den ganzen Menschen in Anspruch. Aber er erzeugte eine Stimmung von Hebung und Stille, die dem Feinde. Wer sollte heute noch irgend welche Lust und Freude am Kriege haben! Kein Volk ist so taub und vergesslich, so sinnlos zerstreut, daß es nicht den Frieden erwünschte. Und im langandauernden Stellungskrieg bekamen sich die Menschen noch mehr auf das Vernünftige. Die Sehnsucht nach der Heimat, nach richtiger Berufs- und Kulturarbeit, nach dem Familienleben und geordneten Lebensverhältnissen gewinnt die Oberhand. Aber der Frieden soll erkämpft, nicht erbeuten werden. Nicht bedingungslos könne man die Waffen niederlegen. Ein dauernder Friede soll des Ringens, der Mühe und Opfer Preis sein! Nicht umsonst sollte Deutschland gekämpft, geküßt und gepfeift haben.

**Vorfürsten im Felde.**

Von Landsturm W. B.

Trübe der Tag, regenschwer. Von den Höhen her folgt dumpf Schlag auf Schlag. Voll ist's Klingklang! Die Mägen frohen. Grüße Gestalten, die Hände am Scheit, trau halten sie Wacht, leben erlitten die Jugend, die Kraft, das Blut der Väter im Rachen des Krieges. Hoffen des Sieges, halb der Vernunft. Hinweg! Ihr Schreier, Ihr Krümer, ihr Geier, Ihr Hamster, ihr Rager am Mark der Völker verschwindet! Wacht Waj dem Verstand	der mit kräftiger Hand leitet zum Frieden die Völker künden! Nach langer Nacht der Geist erwacht, der das Kennende bindet, der Weg er findet, daß friedlich und schließlich die Völker leben, die schufen und streben und wirken und eilen, die Wunden zu heilen, die der Krieg hat geschlagen in langen Tagen. Und aus Sturmesnacht, in Frühlingsschmelze, steigt empor die Sonne: Reicht die Bruderhand, Wälder! Von Land zu Land; daß in des Sommers Frühe Friede uns blüht!
---	--

Die hat die Landesverteidigung dahin ausgebeugt, daß das Existenzrecht, das Recht wirtschaftlicher Betätigung in aller Welt erhalten bleiben soll. Es ist zugegeben, daß einem solchen Verlangen ein Inhalt gegeben werden kann, der mit sozialistischen Anschauungen wenig zu tun hat; im Mund der deutschen Sozialdemokratie drückt es aber das aus, was im Zeitalter der kapitalistischen Weltwirtschaft unter den Begriff der Landesverteidigung fällt.

Aldler spricht den Zimmerwalder Konferenzen seine Sympathie aus; sie seien der lebendige Beweis dafür, daß auf den altbewährten Grundrissen der Demokratie und des Sozialismus die internationale Solidarität auch im Kriege Ausdruck finden kann. O, Aldler darf es schon glauben, daß gar nicht wenige Sozialisten, die zur Fraktionsmehrheit stehen, aufrichtig hoffen, wenn erst kleine Gruppen Genossen aus den kriegführenden Ländern miteinander in Verbindung gekommen seien, werde das Eis brechen; sehr bald würde die gesamte Internationale sich finden. Die Enttäuschung war bitter. In wiederholter Selbstprüfung kann der deutsche Sozialdemokrat wohl dahin kommen, am Handeln seiner Partei manchen Fehler zu finden, der große tiefgehende Fehler aber, der Fehler, der die Klust offen hält und die besten Kräfte, die zum Frieden streben, im leeren Raume wirkungslos sich umtreiben läßt: ihn verschulden die französischen Sozialisten im Verein mit Vanderbelde und Genossen. Sie mit ihren „Vorwänden des Siegeswillens“.

### Amerika und Mexiko im Krieg?

Nach ist es zum ersten militärischen Zusammenstoß gekommen: bei Carrizal, 50 Kilometer südlich der Grenze, gerieten britische Truppen aneinander; angeblich verloren die Amerikaner 29 Tote und 17 Gefangene, die Mexikaner hatten 40 Tote, unter denen sich der General Gomez befand. Ob der „Zwischenfall“ zur Kriegserklärung führen wird, steht noch nicht fest; der Konflikt der Vereinigten Staaten hat aber bereits Verärgerung der Vertreter übernahm den Schutz der Amerikaner. Die „New York Herald“ sagt, sei es wahrscheinlich, daß die amerikanischen Soldaten, wie im Jahre 1914, Veracruz, Tampico und Turpan besetzen werden, um die Verhinderung der Petroleumgruben zu verhindern, die englisch-amerikanischen Gesellschaften gehören und Petroleum für die englische Flotte produzieren. General Carranza suchte den Krieg zu beschleunigen.

### Staatliche Beschränkung des Papierverbrauchs der Zeitungen.

Eine soeben erschienene „Bekanntmachung über Druckpapier“ verfügt eine Einschränkung des Verbrauchs um etwa 10 p. h. berechnet nach dem Verbrauch des Jahres 1915. Die Zeitungen werden je nach ihrem Umfang in 15 Stufen geteilt. Bei einem Umfang bis zu 200 Quadratmeter Jahresbedarf beträgt die Einschränkung 5 p. h., sie steigt bis zu einer Einschränkung von 17 p. h. bei einem Jahresumfang von mehr als 1800 Quadratmeter. Solche Zeitungen, deren Quadratmeterfläche sich im Jahre 1915 gegenüber dem Jahre 1913 verringert hat, erhalten gewisse Vergünstigungen, während solche Zeitungen, bei denen das Umgekehrte der Fall ist, eine verstärkte Einschränkung erleiden. Alle übrigen Besitzer von „unbedrucktem, maschinengestrichenem, halbbaltem Druckpapier“ müssen sich eine Einschränkung von 15 p. h. ihres im Jahre 1915 bezogenen Quantums gefallen lassen.

Die Kontingentierung ist zunächst für die Monate Juli und August festgelegt. Eine Bestimmung in der Verordnung verbietet die Lieferung von Zeit- und Werbeexemplaren, mit Ausnahme der Zeitungsblätter an Mitarbeiter, Korrespondenten und Soldatenheime, die jedoch nicht mehr als ein Exemplar erhalten dürfen. Gestattet wird auch die Abgabe von Belegexemplaren an Inserenten.

### Oesterreichische Zensur.

Die Wiener „Ab.-Ztg.“ berichtet: Die dieswöchige Nummer der „Gewerkschaft“ erregte das besondere Mißfallen des Herrn Zensors. Der Streichung bedurfte ein Artikel über die im Felde erlittenen inneren Krankheiten und die Bestrebungen zu ihrer Bekämpfung und weiter ein Aufsatz über den Generallieutenant in Norwegen, in dem insbesondere auf die Schuld des französischen und englischen Kapitalismus an diesem großen Lohnkampf hingewiesen wurde. Also gehört, was wir bisher gar nicht wußten, zu den während des Krieges in Oesterreich der Kritik entzogenen Dingen auch der Kapitalismus der feindlichen Staaten. Infolge dieser Streichungen hätte das Organ der Gewerkschaftskommission zum größeren Teile leer erscheinen müssen, was die Herausgeber veranlaßte, die Ausgabe dieser Woche überhaupt zu unterlassen.

Die Parteiführer in Karlsbad und Teplice-Schönbau sind auf die Dauer eines Monats verbannt worden. Sie ermahnen in einem Aufruf ihre Leser, ihnen gleichwohl die Treue zu halten.

Austrias Bitte (frei nach Körner: „Gebiet vor der Schlacht“) spricht der Wiener „Nacht“ wie folgt aus:

Zensor, ich rufe dich!  
Hörne nicht länger auf harmlose Witz,  
Sende deine kessenden Blitze  
In des Wunders Dementi!  
Zensor, ich rufe dich!  
Zensor, ich frage dich:  
Wenn das Kanonen im Lande verhallen,  
Weshalb läßt du hamstern nach Polen  
Und es ankündigen öffentlich?  
Zensor, ich frage dich!  
Zensor, ermahne dich!  
Sieh die Seiten der Inszenate,  
Was die Wucherer treiben im Staate,  
Wie sie schamlos bereichern sich!  
Zensor, ermahne dich!  
Zensor, nun zeige dich!  
Zeige uns endlich einmal weiße Flecke  
Dort, wo Wucherer Preis treiben, led!  
Selbst anklagend sprich:  
Staatsanwalt, zeige dich!

Dieser Schlußvers ist auch bei uns am Fluge.

### Die australische Arbeiterregierung.

Der schwedische Konsul in Melbourne ist in diesen Tagen in Stockholm eingetroffen und hat einem Mitarbeiter der „Dagens Nyheter“ berichtet über die gegenwärtige Lage in Australien. Von seinen Ausstellungen sind die, die auf die dortigen Arbeiterverhältnisse Bezug haben, besonders interessant. Der Konsul sagte hierüber folgendes: Australien ist ein Land der Arbeiter. Die Arbeiterpartei besitzt jetzt dort die politische Macht, und sie wird sich höchstwahrscheinlich auch nach den neuen Wahlen behaupten. Man braucht sich gar nicht darüber zu wundern, denn die Leitung der Angelegenheiten des Landes ist in glänzender Weise gehandhabt worden. Wo theoretische sozialistische Wünsche auf allen großen praktischen Schwierigkeiten zu stehen schienen, hat die Partei nachgegeben und sich nach letzteren gerichtet. Wenn die Regierung sich daran macht, Fabriken zur Verfügung der Arbeiterleitung zu stellen, haben die Fabrikbesitzer einen bestimmten Gewinnanteil erhalten. Für Getreide, Weizen und Brot wurden Höchstpreise bestimmt, die zwar

höher als die sonstigen waren, aber doch bedeutend niedriger, als sie sonst gewesen wären, falls die Regierung nicht zu richtiger Zeit gegen die Preissteigerungen eingegriffen hätte. Und sobald die Preise verschiedener Ausfuhrartikel allzu sehr in die Höhe getrieben wurden, sind sofort Ausfuhrverbote erlassen worden, wodurch die muthwilligen Manipulationen zum Scheitern gebracht wurden.“

### Serbische Flüchtlingsblätter.

Die Auswanderung vieler Serben nach der Schweiz und Frankreich hat dort eine Anzahl serbischer Zeitungen aufstehen lassen, die zum größeren Teil in französischer Sprache, zum Teil auch zweisprachig erscheinen, so das Genfer Wochenblatt „La Serbie“ (Chefredakteur: Universitätsprofessor Dr. Rostar Barlowitsch) und das Pariser Sonntagsblatt „La Nouvelle Serbie“ (Chefredakteur: Dimitrijević). Beide Blätter bemühen sich zunächst, dem französischen Publikum einige Kenntnisse über Serbien beizubringen, für das man zwar viel Bewunderung hat, bekanntlich aber keine Hilfe botte. Das Pariser Blatt paßt sich bereits glücklich der Sprache der dortigen Presse an, indem es z. B. nicht von „Austriens“ (Oesterreichern) spricht, sondern ganz banal von den „Austrobochen“. Aus einer Aufschrift einer „Freiwilligen der Serben“ geht auch hervor, daß für die nach Paris geflüchteten Serben noch mancherlei wohlthätige Hilfe nötig wäre. Aus der Einnahme von Trapani und Grotto durch die Russen schöpft das Pariser Serbenblatt schon die größten Hoffnungen; die Zeit wird gelebt haben, wie wenig sie gerechtfertigt waren. Daß die Oester Serbiens und die Okkupationsbehörden nicht nur kritisch, sondern sehr heftig beschimpft werden, ist nicht weiter verwunderlich.

Etwas mehr selbstständigen und kritischen Geist beweist die Genfer „Serbie“. Sie setzt alle Zukunftshoffnung auf den sicher erwarteten Sieg des Biederbundes, worin man will, wenn man will, auch die Heiligkeit sehen kann, daß es das Verlangen der Serben bedeutet war, das Serbiens Untergang verschuldet hat. Es ist auch nur von der Wiederherstellung Serbiens die Rede, die weitestgehenden Ausdehnungspläne von früher bleiben zunächst beiseite. Der bekannte skandinavische „Konferenz der Neutralen“ wird der Vorwurf nicht erspart, daß sie in ihren Vorschlägen die Lösung der „jüdisch-slawischen Frage“ nicht einbezogen hat.

In einem Umstand sind diese Flüchtlingsblätter den in Belgrad erscheinenden „Belgrader Nachrichten“ gleich: In den vielen Inferenzen, die der Sache nach Angehörigen und Freunden dienen und deren Bande der Krieg zertrüß hat.

### Vermischte Kriegsnachrichten.

Im Gouvernementsbezirk Königsberg und Festungsbezirk Pillau wurde im Interesse der öffentlichen Sicherheit verboten, aus dem feindlichen Ausland kommende Modeblätter, Modzeichnungen, Mode- und ähnliche Fachzeitschriften einzuführen und zu verbreiten.

Der Reichsgemeinderat Müller in Berlin wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt; der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt. Müller hatte verbotenen Speck und verbotene Leder zu Wurst verarbeitet.

In Dublin wurden zahlreiche neue Verhaftungen vorgenommen.

### Aus der Partei.

#### Die Landeskommission der Parteiorganisation Preußens

hat am 21. Juni in Berlin getagt. Die Sitzung war von zwei Beauftragten beantragt worden, um Stellung zu nehmen zu den neuesten Parteiverordnungen. Die Landeskommission und ihre geschäftsführenden Ausschüsse haben gemeinsam mit dem Vorstand der Gesamtpartei die Parteigeschäfte in Preußen zu führen. Der geschäftsführende Ausschuss besteht aus dem Vorsitzenden, Schriftführer und Kassierer der Berliner Parteiorganisation.

Nach Berichten über Berliner Parteiveranstaltungen ist die am Sonntag tagende Generalversammlung Groß-Berlins zu dem Zweck berufen, um eine Neuwahl der Leitung der Groß-Berliner Organisation vorzunehmen. In Berliner Versammlungen ist offen ausgesprochen worden, daß die bisherige Leitung: der Vorsitzende, der Schriftführer und der Kassierer, befristet werden soll, und zwar lediglich deshalb, weil sie der Opposition nicht gefügig ist. Demgegenüber wurde in der Landeskommission von der großen Mehrheit die Auffassung vertreten, daß damit nicht zugleich der Landeskommission, die sich mit ihrem bisherigen geschäftsführenden Ausschuss in völliger Uebereinstimmung befindet, eine neue Geschäftsleitung aufgegeben werden dürfe. Das würde allen demokratischen Grundgesetzen ins Gesicht schlagen und jede wirksame Arbeit unmöglich machen. In der Gesamtpartei habe man sich verständigt, während des Krieges nur die notwendigen Ersatzwahlen für Funktionäre vorzunehmen. Nach im Juni vorigen Jahres habe sich die Berliner Parteiorganisation auf diesen Standpunkt gestellt. So lange der größte Teil der Parteimitglieder im Felde stehe und am Parteileben nicht teilnehmen könne, müsse an dieser Auffassung festgehalten werden. Versuche die Berliner Parteiorganisation jetzt anders, so könne das für die preussische Landesorganisation unmöglich bindend sein.

Schließlich wurde folgende Resolution angenommen: „Die Landeskommission ist nach wie vor der Auffassung, daß während des Krieges, der den zum Heeresdienst eingezogenen Parteimitgliedern jede Mitbestimmung in den Organisationen unmöglich macht, nur die durch Einberufung von Funktionären notwendigen Ersatzwahlen vorgenommen werden sollen. Diese Auffassung ist seit Kriegsbeginn von der Gesamtpartei vertreten und früher auch von der Berliner Parteiorganisation geteilt worden. Es liegt kein Grund vor, jetzt davon abzugehen, wo der weitaus größte Teil der Mitglieder einverstanden ist. Die Landeskommission beschließt, daß die gegenwärtige Leitung der preussischen Landesorganisation die zum nächsten preussischen Parteitag im Amt bleibt. Die gegenwärtige Leitung der preussischen Landesorganisation hat über ihre Tätigkeit diesem Parteitag zu berichten und ist ihm dafür verantwortlich.“ Der erste Absatz der Resolution ist mit 23 gegen 3 Stimmen und der zweite Absatz mit 22 gegen 4 Stimmen angenommen. Die Landeskommission beschließt sich dann noch eingehend mit der Lebensmittellage, wobei eine Uebersicht über die Verhältnisse in den einzelnen Bezirken gegeben wurde. Die vorgeschlagenen Beschwerden und Vorschläge sollen im Ernährungsbeirat und eventuell im Landtage vertreten werden.

#### Das dritte Blatt in Bremen.

Die Gründer der „Arbeiterpolitik“ erklären in der Bremer „A. Ztg.“, das Blatt solle nicht der „Bürgerzeitung“ Konkurrenz machen, sondern es solle eine „Wochenchrift für wissenschaftlichen Sozialismus“ sein; dafür sei ein Bedürfnis vorhanden, Antemol in der gesamten Parteipresse der Linksextremismus keine konsequente Vertretung habe.

Das Programm der Zeitung wird so ausgedrückt: „Unabhängig von allen Instanzen, will sie gerade die Unterdrückung und Ausbeutungsbedingungen der Bürokratie aufdecken, will sie den grenzenlosen Verrat der Instanzen an den Grundgesetzen des Sozialismus den breiten Massen zum Bewußtsein bringen, will sie die Klärung in der Arbeiterbewegung, auf der allein die Gesundheit der Sozialdemokratie beruhen kann, rücksichtslos durchsetzen.“

No, da kann es ja nicht mehr fehlen.

**Der größte Feind ist die Gleichgültigkeit der Massen!**  
Genossen! Helft die Gleichgültigen durch Ver-  
breitung der „Volksstimme“ aufzuklären!



# Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs in Wiesbaden.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Verordnungsregelung vom 25. September/4. November 1915 und der Bundesratsverordnung, betreffend die Fleischverteilung vom 27. März 1916, wird nach Anhörung der Preisprüfstelle und mit Zustimmung der zuständigen Behörde folgendes verordnet:

## 1.

Fleisch im Sinne dieser Verordnung ist frisches Fleisch und Geflügel von Rind, Kalb, Schaf, Schwein, ferner alle aus diesem Fleisch hergestellten Fleisch- und Wurstwaren. Ausgenommen sind: Ochsenfleisch, Kopf von Kalb und Schaf, Hühnerfleisch und Schweinefleisch (soweit sie nicht als Beilage gegeben werden) und Fleischbällchen; ferner das Fleisch von Wild, Geflügel, Kaninchen und Fische.

Der Verordnung unterliegt das durch Schlachtung hiesigen und von außerhalb eingeführten Viehes gewonnene Fleisch und alles von außerhalb eingeführte frische Fleisch. Nicht betroffen von dieser Verordnung sind alle bei ihrem Inkrafttreten in Wiesbaden befindlichen und alle später von außerhalb eingeführten Dauerwaren und Fleischkonserven.

## 2. Verteilungsmassstab.

Die Verbrauchsmenge wird gleichmäßig für jede Person ohne Unterschied festgesetzt. Bei besonderen Erkrankungen, die einen größeren Fleischbedarf unbedingt notwendig machen, kann der Magistrat nach Anhörung des von ihm bestimmten Vertrauensorgans von der durchschnittlichen Menge abweichen. Den sich längere Zeit in hiesigen Hotels usw. aufhaltenden Gästen (kurzzeitlich oder von der Kurzeit befreiten Personen) kann der Magistrat eine den allgemeinen Durchschnitt übersteigende Fleischmenge zuweisen. Diese muß sich nach der jeweils zur Verfügung stehenden Gesamtmenge richten und darf höchstens 600 Gramm frisches Fleisch (im Sinne dieser Verordnung) für die Person und Woche betragen. Für nicht kurzzeitlich, in Gasthöfen usw. vorübergehend wohnende Fremde (Passanten) darf die Fleischmenge für die Person und Woche 375 Gramm frisches Fleisch nicht übersteigen.

## 3. Verteilungsverfahren.

Vom 21. Juni d. J. ab darf von Wiegern Fleisch nur noch abgegeben werden:

- a) an Einzelverbraucher (Haushaltungen) gegen Bezugsforten;
- b) an Hotels, Wirtschaften, Gasthöfe, Fremdenheime, Anstalten usw. gegen Bezugscheine.

Die Bezugsforten (Fleischkarten), welche auf Grund der Brotausweisliste ausgestellt werden, sind in einzelne, auf 25 Gramm lautende Abschnitte eingeteilt. Je nach der zur Verfügung stehenden Gesamtmenge bestimmt der Magistrat, wieviele dieser Abschnitte in jeder Woche in Kraft treten.

Die Abschnitte sind nur zum Einkauf gültig, solange sie mit der Hauptkarte noch fest verbunden sind. Lose Abschnitte sind überhaupt ungültig; im übrigen verfallen die Abschnitte nach Ablauf der jeweils vom Magistrat festgesetzten Gültigkeitsdauer.

Die Bezugscheine für Hotels usw. lauten auf eine Woche und verfallen nach Ablauf derselben. Die angegebenen Beträge beziehen sich auf Fleisch mit der nach der Höchstpreisverordnung vom heutigen Tage zulässigen Knochenbeilage, sowie auf Fleisch- und Wurstwaren. Wer schieres (knochenfreies) Fleisch, Junge, Kalbsleber, Kalbsmilch oder Schweinefleisch erhält, hat nur Anspruch auf vier Fünftel der festgesetzten Menge.

Verlorene Fleischkarten und Bezugscheine werden unter keinen Umständen ersetzt.

## 4. Bezugsregelung für die Verbraucher.

Die Fleischkarten und Bezugscheine berechtigen nur zum Einkauf in demjenigen Geschäft, auf welches sie lauten. Der Magistrat kann bestimmen, daß die Verbraucher abwechselnd nur an bestimmten Tagen und in bestimmter Reihenfolge zum Einkauf zugelassen werden, und daß die Bezugsberechtigung erlischt, wenn das Fleisch nicht bis zu einer bestimmten Zeit abgeholt ist. Ausgenommen von diesen Einkaufsbeschränkungen sind alle von auswärts eingeführten Dauerwaren, welche — soweit vorhanden — ohne Karte in jedem einschlägigen Geschäft während der allgemeinen üblichen Verkaufszeit eingekauft werden dürfen; ferner Wild, Kaninchen, Geflügel und Fische.

Die Fleischkarten und Bezugscheine geben kein Anrecht auf den Bezug bestimmter Fleischsorten, Fleischwaren und Fleischstücke. Fleisch kann nur in soweit bezogen werden, als den Wiegern die entsprechende Fleischmenge von dem Fleischamt zugewiesen worden ist. Verbraucher, welche frisches Fleisch im Sinne dieser Verordnung von außerhalb erhalten, oder Fleisch aus eigener Schlachtung gewinnen (Selbstversorger), haben die Menge binnen 3 Tagen unter Vorlage der etwa in ihrem Besitze befindlichen Fleischkarten und Bezugscheine zwecks Anrechnung bei dem städt. Lebensmittelverteilungsamt anzumelden.

## 5. Bezugs- und Verkaufsregelung für Verkäufer.

Die Verkäufer von frischem Fleisch erhalten die auf sie entfallende Fleischmenge von dem Stadt. Fleischamt zugewiesen. Die Bestimmung der Fleischsorten, ob Rind-, Kalb-, Schaf- oder Schweinefleisch, Fleisch von inländischem oder ausländischem Vieh, frisches Fleisch oder Geflügelfleisch, bleibt dem Stadt. Fleischamt vorbehalten.

Die Verkäufer dürfen frisches Fleisch — auch an ihren eigenen Haushalt — nur gegen Fleischkarte oder Bezugschein abgeben. Sie sind verpflichtet, die ihnen zugewiesenen Kunden zu versorgen.

Bei Abgabe von Fleisch gegen Fleischkarten müssen die Verkäufer die entsprechende Anzahl von Kartenabschnitten einheften, bei Abgabe gegen Bezugscheine die geforderte Menge in diese Scheine und gleichzeitig in eine von ihnen zu führende Fleischverkaufsliste eintragen. Bei jedem neuen Fleischbezug müssen die Wiegern die bei ihnen abgegebenen Fleischkarten und die Fleischverkaufsliste zwecks Nachprüfung abliefern. Hierbei werden für die beim Ausgeben entstandenen Gewichtsverluste bis zu 12 v. H. unberücksichtigt. Im übrigen bleiben für den Abrechnungsverkehr besondere Bestimmungen vorbehalten, ebenso über den Fleischverkauf und das Offenhalten der Läden.

Alle dieser Verordnung unterliegenden Waren dürfen auch auf Bestellung ins Haus geliefert werden.

Verkäufer, welche zum Zwecke des gewerblichen Verkaufes frisches Fleisch von außerhalb erhalten, haben die Menge und den dafür bezahlten Preis binnen 3 Tagen bei dem Stadt. Fleischamt schriftlich anzumelden.

## 6. Verkaufsregelung für Wirtschaften usw.

Aus frischem Fleisch hergestellte Fleischgerichte dürfen nach dem 21. Juni 1916 in Wirtschaften usw. abgegeben werden:

- a) an Einwohner nur gegen Abschnitte der allgemeinen Fleischkarte,
- b) an Fremde, die in Wiesbaden in Hotels usw. wohnen und außer dem Hause essen wollen, nur gegen Tagesfleischkarten,
- c) an durchreisende Fremde, die in Wiesbaden nicht übernachten, ohne Vorlage von Karten, nach den besonderen Vorschriften des Magistrats.

Die Wirtschaften dürfen an jeden Gast während einer Mahlzeit nur ein Fleischgericht verabreichen. Die für jedes Fleischgericht zu bezahlende Fleischmenge wird einheitlich auf 75 Gramm (in rohem Zustand einschließlich Knochen) festgesetzt.

Die Tagesfleischkarten berechtigen zur Abgabe je eines Fleischgerichts. Sie werden vom Magistrat an die Inhaber von Hotels usw. verabreicht, die sie einzeln an die bei ihnen wohnenden Fremden auf deren Antrag weitergeben. Jedem Fremden darf nicht mehr als eine Tagesfleischkarte für jeden Fleischtag ausgestellt werden. Die Karte ist nur für den Ausgabezeitraum gültig und muß zu diesem Zweck vom Hotel- usw. Inhaber mit Datum und Firmenstempel versehen werden.

Den Besitzern von Hotels usw. werden die ausgegebenen Tageskarten bei der Erteilung des Fleischbezugscheines für die jeweils folgende Woche angerechnet.

Bei der Verabreichung von Fleischgerichten ohne Fleischkarte an durchreisende Fremde müssen die Wirt die Abgabe in einer besonderen Verkaufsliste bescheinigen lassen.

Neben der Anrechnung der in den Stadt. Fleischkarten zur Ausgabe gelangenden Fleischgerichte auf die Fleischkarte werden durch den Magistrat besondere Bestimmungen getroffen.

## 7.

In allen Zweifelsfällen kann der zuständige Magistratsbezirksamt selbständig entscheiden.

## 8. Besondere Bestimmungen.

Der Magistrat erläßt alle zur Ausführung dieser Verordnung erforderlichen Bestimmungen.

## 9. Strafbestimmungen.

Wer den vorstehenden Anordnungen und den hierzu zu erlassenden Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

## 10. Inkrafttreten.

Die Verordnung tritt mit dem 31. Juni 1916 in Kraft.

Wiesbaden, den 9. Juni 1916.

33 1299

## Der Magistrat.

## Ausführungsbestimmungen.

1. Das Inkrafttreten der vorstehenden Verordnung wird auf den 24. Juni verschoben.

2. Die Fleischbezugscheine für Hotels, Anstalten usw. werden erstmalig am

**Freitag den 23. Juni, Rathaus Zimmer 33**

während der Vormittagsdienststunden ausgegeben.

3. Für die Zeit bis zum 21. Juni einschließlich sind die Abschnitte 1—8 der Fleischkarte zum Einkauf gültig. Sie berechtigen den Inhaber zum Einkauf von 200 Gramm Fleisch (mit Knochen) in der auf der Fleischkarte angegebenen Menge.

Das Abtrennen der Kartenabschnitte darf nur von den Verkäufern vorgenommen werden. Lose Abschnitte sind ungültig.

Der Fleischverkauf kann in der ersten Verkaufswoche nur an einem Tage stattfinden und zwar an die Inhaber von Bezugscheinen am

**Samstag den 24. Juni, vormittags 7—8 Uhr.**

Die Inhaber von Fleischkarten werden wie folgt zum Einkauf zugelassen:

**Samstag den 24. Juni,**

vormittags 8—11 Uhr, Haushaltungen mit Anfangsbuchstaben A—F, vormittags 11—1 Uhr, Haushaltungen mit Anfangsbuchstaben G—L, nachmittags 2—5 Uhr, Haushaltungen mit Anfangsbuchstaben M—R, nachmittags 5—8 Uhr, Haushaltungen mit Anfangsbuchstaben S—Z.

**Sonntag den 25. Juni,**

vormittags 7—9 Uhr, alle Haushaltungen, die tags zuvor kein Fleisch bezogen haben.

Am 25. Juni von 9 Uhr ab, ist die Bezugsberechtigung der Kartenabschnitte 1—8 erloschen. Die Wiegern dürfen ab dann über etwa noch vorhandene Fleischmengen frei verfügen.

Die Wiegerei R. Baum, Ellenbogengasse, gibt rituell geschlachtetes Fleisch am 22. Juni während der geschlossenen Verkaufszeit, gegen Fleischkarten, an die ihr zugewiesenen Kunden ab.

Für den Verkauf in den folgenden Wochen ergeben sich besondere Bekanntmachungen.

Wiesbaden, den 20. Juni 1916.

## Der Magistrat.

**Ihr eigener Schaden**  
ist es, wenn Sie bei den teuren Zeiten nicht die Gelegenheit ergreifen, **billig** einzukaufen.  
**Schuhhaus DEUSER**  
Wiesbaden, Bleichstrasse 5  
neben Hotel Vater Rhein. 08050

**Schuhwarenhaus.**  
Grosses Lager aller Sorten Schuhwaren in guter Qualität zu billigen Preisen.  
Anfertigung nach Mass. — Reparaturen gut und billig.  
**Bernh. Schnütgen, Wellritzstr. 23.**  
Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.

**Sozialdemokratie u. Kriegskredite**  
von Friedrich Stampfer.  
Auswärts Porto 3 Pfg. — Preis 10 Pfennig.  
**Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M.**

**Rothschild's Arbeiterkleider-Magazin**  
Wellritzstr. 18 Fernspr. 2147  
empfehl. W.  
**Schlosser-Anzüge**  
Starke Leder- und Mandelfaser-Hosen  
Die besten Arbeitshemden  
Leichte Sommer- sowie Berufskleidung jeder Art.  
Bekannt gute Qualitäten.  
Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden u. Umgegend.

**Kriegskarten-Atlas**  
enthaltend 10 Karten der verschiedenen Kriegsschauplätze.  
Handliches Taschenformat.  
Große Maßstäbe, vielarbige Drucke.  
Praktische Liebesgabe.  
Preis Mark 1.50.  
(Porto 10 Pfg.)  
**Buchhandl. Volksstimme**  
Frankfurt a. M.  
Großer Hirschgraben 17.

# Verordnung betr. Höchstpreise für Rind-, Kalb-, Schaf- und Schweinefleisch.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 27. März 1916 (R.-G.-Bl. S. 199), betr. die Fleischverteilung, in Verbindung mit den Vorschriften der Bundesratsverordnung vom 25. September/4. November 1915 (R.-G.-Bl. S. 607 und 728) betr. die Errichtung von Preisprüfstellen und die Verordnungsregelung, werden folgende Kleinhandels-Höchstpreise festgesetzt:

## § 1.

### 1. Rindfleisch.

Für 1 Pfund  
Suppen- und Bratfleisch mit 25 Prozent Knochenbeilage . . . 2.20  
Lenden- und Rostbraten mit 33 1/2 Prozent Knochenbeilage . . . 3.40  
Zunge (an der Zungenbeingabel quer abgeschnitten, ohne Knochenbeilage) . . . 3.80  
Schienknochen . . . 1.50  
Knochen . . . 0.30

### 2. Kalbfleisch.

Für 1 Pfund  
Hals und Brust mit 10 Prozent Beilage . . . 2.20  
Keule und Rücken mit eingewachsenen Knochen ohne weitere Beilage . . . 2.50  
Sonstiges Kalbfleisch mit 33 1/2 Prozent Beilage einschließlich der eingewachsenen Knochen . . . 2.40  
Leber und Milz (ohne Knochenbeilage) . . . 2.50  
Lungen und Herz (ohne Knochenbeilage) . . . 1.50  
Kalbsfüße . . . 0.40  
Kalbskopf je nach Größe Stück . . . 4.50 bis 6.—

### 3. Schaffleisch.

Für 1 Pfund  
Hals und Brust mit eingewachsenen Knochen . . . 2.20  
Zug- und Kammstück mit eingewachsenen Knochen . . . 2.20  
Keule und Rücken mit eingewachsenen Knochen . . . 3.—  
Lunge und Herz (ohne Knochenbeilage) . . . 1.—

### 4. Schweinefleisch.

Für 1 Pfund  
Frisches Schweinefleisch mit eingewachsenen Knochen . . . 1.90  
Frisches ausgebeintes Schweinefleisch mit 20 Prozent Knochenbeilage . . . 1.90  
Geschlittene Koteletts . . . 2.40  
Lenden (ohne Knochenbeilage) . . . 2.50  
Hühner . . . 0.40  
Frisches Fett . . . 2.20  
Ausgeschliffenes Fett . . . 2.00  
Wurstfett . . . 1.80  
Gefalzenes Fleisch, Zuschlag zum frischen Fleisch . . . 0.20

### 5. Wurst.

Für 1 Pfund  
Plut- und Leberwurst . . . 1.80  
Fleischwurst . . . 2.20  
Schwartebraten . . . 2.20  
Bratwurst . . . 2.20

## § 2.

Bei allen Knochenbeilagen sind die eingewachsenen Knochen in der zulässigen Knochenmenge einbezogen.

## § 3.

Rindfleisch im Sinne der Verordnung ist Fleisch von Ochsen, Bullen, Kühen und Färsen, Schaffleisch das Fleisch von Schafen und Hammeln. Als Kleinhandel ist anzusehen jede Abgabe an Verbraucher (Privatverbraucher, Hotels, Anstalten usw.).

## § 4.

Bei Schweinen sind zwei Drittel des Schlachtgewichts in frischem Zustand zu verkaufen. Ein Drittel ist zu Wurst zu verarbeiten, und zwar insbesondere die Vorderextremitäten, Seitenspeck, Rippchen, Kinnbacken und das Gewebe. Andere Wurstarten als die in § 1 Ziffer 5 angegebenen dürfen nicht hergestellt werden. Das Mäuschern von Schweinefleisch ist nicht gestattet; gebraten dürfen nur diejenigen Mengen werden, welche bei frischem Verkauf nicht gleich Absatz finden.

## § 5.

Vorstehende Höchstpreisfestsetzung bezieht sich nicht auf Fleisch ausländischer Herkunft und auf Geflügelfleisch; ferner nicht auf von auswärts eingeführte Dauerware und Konserven.

Die Preisprüfstelle wird ermächtigt, für frisches Fleisch ausländischer Herkunft und für Geflügelfleisch besondere Preise festzusetzen.

Für von auswärts nach Wiesbaden eingeführte Dauerwaren und Konserven gelten folgende Bestimmungen: Die eingeführte Ware ist dem Fleischamt während der üblichen Dienststunden auf dem Schlachthof, bevor die Ware zum Verkauf gestellt wird, vorzuführen, wo sie unter amtlicher Kontrolle durch Fleischbeamten oder in anderer, vom Fleischamt festzusetzender Weise als Ware, die von auswärts bezogen ist, gekennzeichnet wird. Die Verkäufer sind verpflichtet, diese Kennzeichnung an den eingeführten Stellen bis zum völligen Verkauf derselben zu belassen. Sie sind ferner verpflichtet, der städtischen Preisprüfstelle, Markttroche 1/3, die Menge und den Ertragspreis nachzuweisen, und den in Aussicht genommenen Verkaufspreis anzugeben. Zu dem vom Verkäufer der Preisprüfstelle mitgeteilten Verkaufspreis darf die Ware nicht verkauft und der Verkauf fortgesetzt werden, sofern nicht die Preisprüfstelle binnen 5 Tagen den Verkaufspreis beanstandet.

Die bereits in Wiesbaden befindlichen, von auswärts bezogenen Dauerwaren und Konserven sind in der Zeit vom 20. Juni bis 24. Juni dem Fleischamt auf dem Schlachthof zwecks Kennzeichnung als von auswärts bezogener Dauerware und Konserven vorzuführen.

Die Anmeldung bei der Preisprüfstelle und die Mitteilung des in Aussicht genommenen Verkaufspreises hat gleichzeitig in der Zeit vom 20. Juni bis 24. Juni zu erfolgen.

## § 6.

Die in dieser Verordnung festgesetzten Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes vom 4. August 1914, in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914/21. Januar 1915. Zuwiderhandlungen werden hiernach mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft. Auch kann auf Grund der Bundesratsverordnung vom 23. September 1915 (R.-G.-Bl. S. 608) betr. Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel, der Handelsbetrieb unterlag oder das Geschäft geschlossen werden.

## § 7.

Die festgesetzten Höchstpreise gelten vom 21. Juni ds. Js. ab. Im übrigen tritt die Verordnung mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 9. Juni 1916.

**Der Magistrat.**  
33 1298  
**Kommen Sie zu mir, wenn Sie Schuhe brauchen!**  
**Jourdan, Wiesbaden,**  
Michelsberg, Ecke Schwalbacherstrasse.  
Alte Bezugsquelle, solide Schuhwaren zu billigen Preisen zu kaufen.  
Lieferant des Konsumvereins für Wiesbaden und Umgegend.